
NIEDERSCHRIFT

Niederschrift Nr. 2

Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie am 22.05.2007

Freiherr-vom-Stein-Saal II/III

Beginn 16:10 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Hartmut Ganzke
Karin Goddinger
Ursula Lindstedt
Hildegard Rüwald
Christina Zubrytzki
Ute Giedinghagen
Elisabeth Schwarz
Annelies Schwarzer
Ursula Sopora
Paul Wisniewski
Jochen Nadolski-Voigt
Heike Schaumann
Brunhilde Weinhold
Claudia Gebhard

sachkundige Bürger

Karl-Friedrich Diehle
Christel Jachmann
Eleonore Köth-Feige
Doris Holtmeier
Rita Schröder
Gabriele Wentzek

Von der Verwaltung

Frau Warminski-Leitheusser, Dez. III
Herr Sparbrod, L FB 50
Herr Risse, FB 50
Frau Grewe, FB 50
Herr Zakel, FB 50
Frau Kroneberg, PK
Herr Vertgewall, Schriftführer

Gäste und Zuhörer/innen

Herr Elsbeck, Kreistagsabgeordneter (ab 17.15 Uhr)
Frau Hoffmann, Frühförderstelle (bis TOP 2)
Frau Demant, Frühförderstelle (bis TOP 2)
Herr Ringelsiep, ARGE Kreis Unna
Herr Diekmännken, ARGE Kreis Unna
Frau Raupach, RAA
Frau Berten, FB 40
Frau Limbacher, Referendarin (ab 16.45 Uhr)

Herr Nadolski-Voigt begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen zur Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil :

Punkt 1

Frühförderung im Kreis Unna

- mündlicher Bericht der gemeinnützigen Gesellschaft für Frühförderung und Frühtherapie Unna mbH

Punkt 2

087/07

Vereinbarung zwischen dem Kreis Unna als örtlichem Träger der Sozialhilfe und der gemeinnützigen Gesellschaft für Frühförderung und Frühtherapie Unna mbH

Punkt 3

Informationen der ARGE zur Umsetzung des SGB II

Punkt 4

084/07

Vertrag mit der Verbraucherzentrale NRW
zur Erfüllung der Aufgaben nach § 4 Landespflegegesetz (Pflegeberatung)

Punkt 5

Zuschüsse zur modellhaften Sozialarbeit

Punkt 5.1

064/07

Zuschüsse zur Unterstützung modellhafter Sozialarbeit

- Antrag der Diakonie Lünen zur Betreuung alleinstehender Wohnungsloser bzw. von Wohnungslosigkeit bedrohter Personen -

Punkt 5.2

061/07

Zuschüsse zur Unterstützung modellhafter Sozialarbeit

- Antrag des Vereins „Aktion für Kinder in Unna e.V.“ -

Punkt 5.3

070/07

Zuschüsse zur Förderung modellhafter Sozialarbeit

- Antrag des Fördervereins „Beginnen-Kultur in Unna e.V.“ -

Punkt 6

065/07

Förderung des Fahrdienstes für behinderte Menschen im Kreis Unna (BFD)

Punkt 7

085/07

Integrationsleitlinien Kreis Unna

Kreistagsbeschluss vom 06.12.2005

Punkt 8

047/07

Antrag Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Einführung einer Sozialkarte

- Antrag zum Kreisausschuss und Kreistag am 06.03.2007 -

Punkt 9

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil :

Punkt 1

Frühförderung im Kreis Unna

- mündlicher Bericht der gemeinnützigen Gesellschaft für Frühförderung und

Erörterung

Frau Hoffmann stellt anhand einer Präsentation die Arbeit der Frühförderstelle vor und geht dabei auch ausführlich auf die Konzeption der Förderung sowie die spezifische Situation im Kreis Unna ein.

Die Ausführungen von Frau Hoffmann werden von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen. Die Präsentation ist dieser Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Punkt 2

087/07

Vereinbarung zwischen dem Kreis Unna als örtlichem Träger der Sozialhilfe und der gemeinnützigen Gesellschaft für Frühförderung und Frühtherapie Unna mbH

Erörterung

Herr Ganzke stellt die Sicht der SPD-Fraktion dar und weist darauf hin, dass ein Teil seiner Fraktion die Frühförderstelle in der vergangenen Woche besucht habe und einen Eindruck über den Tätigkeitsbereich gewinnen konnte. In der Presse werde aktuell darüber berichtet, dass es insbesondere auch in Nordrhein-Westfalen eine Verbindung zwischen Armut und einem Förderbedarf von Kindern gebe. Diese sei leider auch im Kreis Unna gegeben und hier zeige sich, wie wichtig die Einrichtung sei. Grundsätzlich stehe man der Vorlage sehr positiv gegenüber, insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass man bereits im Vorfeld sehr umfassend informiert worden sei. Aufgrund der Bedeutung der Thematik wolle man jedoch zunächst die Gesamtfraktion in Kenntnis setzen und im Ausschuss noch keine Entscheidung treffen.

Frau Giedinghagen teilt für die CDU-Fraktion mit, dass man die Arbeit der Frühförderstelle ebenfalls als sehr sinnvoll und wichtig erachte. Auch ihre Fraktion habe sich vor Ort über die Aufgaben und insbesondere den Therapiebereich informieren lassen. Bedeutend sei es, dass Kindern frühzeitig geholfen werden könne, um gute Chancen für die weitere Entwicklung zu erhalten. Nachdenklich habe gemacht, dass sich das Klientel enorm verändere und immer mehr Kinder mit einem sozialen Hintergrund hinzukommen. Da auch bei der CDU-Fraktion noch Gesprächsbedarf bestehe, wolle man in der heutigen Sitzung noch keine Entscheidung treffen.

Frau Wentzek hebt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zunächst hervor, dass die Positionierung der beiden großen Fraktionen doch sehr erfreulich sei und betont, dass durch eine frühe Förderung auch die Möglichkeit bestehe, Folgekosten einzusparen. Durch das Clearingsverfahren könne bereits im Erstgespräch durch umfassende Beratung auf den speziellen Förderungsbedarf eingegangen werden. Insofern müsse eine solche Einrichtung auch die notwendige Unterstützung erhalten - zumal die Frühförderstelle langfristig für die Kommunen und den Kreis Unna kostengünstiger arbeiten könne.

Frau Schaumann teilt mit, dass sie sich den Aussagen der Vorredner nur anschließen könne und die Arbeit

der Frühförderstelle von Seiten der FDP-Fraktion als sehr gut angesehen werde.

Aufgrund des bei einigen Fraktionen bestehenden Beratungsbedarfs fasst der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie keinen Beschluss und nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 3

Informationen der ARGE zur Umsetzung des SGB II

Erörterung

Herr Diekmännken berichtet über den aktuellen Stand hinsichtlich der Umsetzung des Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) und beantwortet hierzu gemeinsam mit Herrn Ringelsiep die Fragen der Ausschussmitglieder. Der Vortrag von Herrn Diekmännken ist als Anlage 2 beigefügt.

Auf Anregung von Herrn Nadolski-Voigt wird vereinbart, dass eine finanzielle Analyse bereits als Vorgriff auf die Haushaltsgespräche in der kommenden Ausschusssitzung im August auf die Tagesordnung gesetzt werden solle.

Herr Ringelsiep geht noch einmal kurz auf wesentliche Kostenfaktoren ein und berichtet anschließend über die aktuellen Förderprogramme. Besonders das Projekt „JobStart 400“ sei sehr erfolgreich gewesen. Da der Förderzeitraum abgelaufen und die Erwartung übertroffen worden sei, arbeite man bereits an einem Nachfolgeprojekt, welches im kommenden Monat zunächst den Mitgliedern des Lenkungsausschusses und anschließend der Öffentlichkeit vorgestellt werde. Demnächst werde zudem Herr Minister Laumann den Kreis Unna besuchen. In der Gesprächsrunde werde man insbesondere auf die Thematiken „Kombilohnmodelle“ und „sozialer Arbeitsmarkt“ eingehen, die auch für den Kreis Unna von großer Bedeutung seien.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Ausführungen der Geschäftsführung der ARGE zur Kenntnis.

Punkt 4

084/07

Vertrag mit der Verbraucherzentrale NRW

zur Erfüllung der Aufgaben nach § 4 Landespflegegesetz (Pflegeberatung)

Erörterung

Herr Sparbrod stellt die Sitzungsvorlage Nr. 084/07 vor und weist darauf hin, dass es sich im Grunde nur um eine Weiterentwicklung der bisherigen Vereinbarung handele. Inhaltlich gebe es keine wesentlichen Veränderungen.

Frau Giedinghagen erklärt für die CDU-Fraktion, dass in der Begründung der Vorlage an zwei Stellen das Wort „derzeit“ in Verbindung mit den Standorten Kamen bzw. Lünen aufgeführt sei. Dieser Begriffswahl stehe man unter dem Hintergrund bestehender Diskussionen über die allgemeine Verbraucherberatung im Kreis

Unna etwas kritisch gegenüber und man bitte um Streichung.

Herr Sparbrod teilt hierzu mit, dass die Aufnahme Wunsch der Verbraucherzentrale gewesen sei, er jedoch keine Bedenken darin sehe, wenn der Begriff herausgenommen werde.

Nach kurzer Diskussion einigt sich der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie darauf, die Vorlage aufgrund bestehenden Beratungsbedarfs nur zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 5

Zuschüsse zur modellhaften Sozialarbeit

Punkt 5.1

064/07

Zuschüsse zur Unterstützung modellhafter Sozialarbeit

- Antrag der Diakonie Lünen zur Betreuung alleinstehender Wohnungsloser bzw. von Wohnungslosigkeit bedrohter Personen -

Erörterung

Herr Nadolski-Voigt stellt kurz die Sitzungsvorlage Nr. 064/07 vor.

Frau Schaumann teilt für die FDP-Fraktion mit, dass sie der Vorlage aufgrund des fehlenden Kreisbezuges nicht zustimmen werde.

Beschluss

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie beschließt:

Der Ausschuss unterstützt die Arbeit der Diakonie Lünen hinsichtlich der Betreuung alleinstehender Wohnungsloser bzw. von Wohnungslosigkeit bedrohter Personen durch einen einmaligen zweckgebundenen Zuschuss in Höhe von 1.000,00 €.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (bei einer Gegenstimme der FDP-Fraktion)

Punkt 5.2

061/07

Zuschüsse zur Unterstützung modellhafter Sozialarbeit

- Antrag des Vereins „Aktion für Kinder in Unna e.V.“ -

Erörterung

Nach ausgiebiger Diskussion über den Kreisbezug des vorliegenden Antrages sowie über die Sinnhaftigkeit

von grundsätzlichen Kriterien für die Bezuschussung von modellhafter Sozialarbeit trifft der Ausschuss folgenden

Beschluss

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie beschließt:

Der Ausschuss unterstützt die Aktivitäten der „Aktion für Kinder in Unna e.V.“ zur Ausrichtung eines Herbstfestes für kinderreiche Familien 2007 mit einem zweckgebundenen Zuschuss in Höhe von 500,00 € .

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (bei zwei Gegenstimmen der CDU-Fraktion)

Punkt 5.3

070/07

Zuschüsse zur Förderung modellhafter Sozialarbeit

- Antrag des Fördervereins „Beginen-Kultur in Unna e.V.“ -

Beschluss

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie beschließt:

Der Ausschuss unterstützt die Arbeit des Fördervereins Beginen-Kultur in Unna mit einem zweckgebundenen einmaligen Zuschuss in Höhe von 800,00 €.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (bei 4 Gegenstimmen der CDU- sowie der FDP-Fraktion)

Punkt 6

065/07

Förderung des Fahrdienstes für behinderte Menschen im Kreis Unna (BFD)

Beschluss

Der Kreisausschuss beschließt:

Der Kreisausschuss stimmt der Änderung des § 5 der Vereinbarung gem. § 75 Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch – Sozialhilfe – (SGB XII) zwischen dem Kreis Unna als örtlichem Träger der Sozialhilfe und dem Caritasverband Lünen e.V., der Bildung und Lernen gGmbH sowie der Arbeiterwohlfahrt, Unterbezirk Unna und der Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., Kreisverband Unna/Hamm zur Durchführung des Fahrdienstes für behinderte Menschen im Kreis Unna (Behindertenfahrdienst – BFD -) zu.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 7

085/07

Integrationsleitlinien Kreis Unna

Kreistagsbeschluss vom 06.12.2005

Erörterung

Frau Warminski-Leitheusser stellt die Sitzungsvorlage Nr. 085/07 vor und weist darauf hin, dass Hintergrund der vorliegenden Integrationsleitlinien die Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes und damit verbunden die von der Integrationskonferenz erarbeiteten Vorschläge seien.

Als gemeinsames Ziel habe man sich vorgenommen, Entwicklungsprobleme zu hemmen und daran zu arbeiten, die Integrationserfolge weiter zu verbessern. Hierfür seien entsprechende Handlungsfelder definiert worden. Der Kreis Unna habe durch die Formulierung der eigentlichen Leitlinien den politischen Prozess angestoßen. Da die Umsetzung in vielen Bereichen in die Zuständigkeit der Kommunen falle, sei in den Beschlussvorschlag auch der Hinweis auf den empfehlenden Charakter gefasst worden. Bereits jetzt sei von der Stadt Lünen signalisiert worden, dass man die Integrationsleitlinien des Kreises übernehmen wolle. Dies zeige, dass sich das Engagement der vielen beteiligten Menschen auszahle.

In den Arbeitskreisen habe man nun beschlossen, dass der zu treffende Beschluss des Kreistages dann auch in die Städte und Gemeinden weitergetragen und dort diskutiert werden solle.

Frau Warminski-Leitheusser und Frau Raupach beantworten im Anschluss die Fragen aus dem Ausschuss.

Beschluss

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

Der Kreistag beschließt die in der Vorlage aufgeführten Definitionen und Integrationsziele zu den Handlungsfeldern Arbeitswelt, Bildung und Erziehung, Integrationsförderung, Stadtentwicklung und Wohnen, kommunale Steuerung.

Soweit diese Leitlinien originäre Zuständigkeiten der Städte und Gemeinden betreffen, haben sie ausdrücklich empfehlenden Charakter.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 8

047/07

Antrag Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Einführung einer Sozialkarte

- Antrag zum Kreisausschuss und Kreistag am 06.03.2007 -

Erörterung

Frau Wentzek erläutert für ihre Fraktion den vorliegenden Antrag zur Einführung einer Sozialkarte. Durch die vorgestellte Karte solle insbesondere einkommensschwachen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gegeben werden, Zugang zu öffentlichen Einrichtungen des Kreises sowie der Kommunen zu erhalten. Besonders auch die Mobilität sei wichtiger Bestandteil zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Frau Giedinghagen teilt mit, dass zunächst zu prüfen sei, ob eine solche Karte überhaupt in die Zuständigkeit des Kreises falle oder ob es nicht Aufgabe der Städte und Gemeinden sei, sich mit einer solchen Angelegenheit zu befassen. Aus ihrer Sicht könne eine solche Karte möglicherweise auch eine Art der Diskriminierung darstellen.

Frau Wentzek erwidert hierauf, dass es sich eben nicht um eine Diskriminierung handele. Es sei heute selbstverständlich, dass es Ermäßigungen für Schüler und Auszubildende ebenso wie für Rentnerinnen und Rentner gebe, insofern müsse es doch möglich sein, auch diesem Klientel entgegen zu kommen.

Frau Sopora weist auf Erfahrungen aus dem Jugendbereich hin, wonach bereits der Umgang mit der Ehrenamtskarte „Juleica“ sehr schwierig gewesen sei. Verwaltungsseitig müsse zunächst bei den Kommunen abgefragt werden, welche Möglichkeiten diese sehen, an einem solchen Verfahren teilzuhaben.

Frau Warminski-Leitheusser erklärt nach kurzer Diskussion, dass zunächst eine Bestandsaufnahme für den gesamten Kreis durchgeführt werden müsse, um feststellen zu können, welche Regelungen es bereits im Kreis Unna gebe. Hierzu werde sie in den kommenden Monaten u.a. Gespräche mit den zuständigen Sozialdezernenten der Städte und Gemeinden führen und dann in diesem Gremium über den Sachstand berichten.

Beschluss

Der Ausschuss beschließt:

Der Landrat wird beauftragt, sich inhaltlich mit dem Antrag auseinander zu setzen und dem Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie über konzeptionelle Möglichkeiten und die damit verbundenen finanziellen Auswirkungen im Rahmen der Aufstellung des Haushaltsplanes 2008 zu berichten.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 9

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

1. Anrechnung der kostenfreien Verpflegung behinderter Menschen in Tageseinrichtungen auf die Grundsicherung - Anfrage von Frau Giedinghagen

Frau Giedinghagen fragt an, ob die Verpflegung behinderter Menschen in Tageseinrichtungen auf die Grundsicherung angerechnet werde. Hierzu teilt Herr Sparbrod mit, dass eine Anrechnung in der Vergangenheit stattgefunden habe. Das Oberverwaltungsgericht des Landes Nordrhein-Westfalen habe jedoch eine Entscheidung getroffen, wonach eine Anrechnung nicht rechtmäßig sei. Die entsprechenden Kosten seien seinerzeit zurückgezahlt worden.

Mit Einführung des Sozialgesetzbuches Zwölftes Buch (SGB XII) zum 01.01.2005 und Übernahme der Grundsicherung in dieses Gesetz, sei das kostenfreie Mittagessen wieder anzurechnen gewesen. Entsprechende Rechtsentscheidungen diverser Landessozialgerichte unterstützen diese aktuelle Verfahrensweise. Auf die Frage, ob es in anderen Kreisen unterschiedlich gehandhabt werde, erklärt Herr Sparbrod, dass dieses durchaus sein könne, ihm jedoch nur die Regelung aus Dortmund bekannt sei, wonach man dort durchgängig angerechnet habe. Im Kreis Unna gebe es ungefähr 350 Fälle – bei einem Verzicht liege der zusätzliche Kostenaufwand bei etwa 130.000 € im Jahr.

2. Sachstand zu Pflegewohngemeinschaften und Wohngemeinschaften für demenzkranke Menschen

Herr Risse teilt mit, dass sich bereits einige Pflegewohngemeinschaften im Kreis Unna etabliert haben und eine positive Tendenz festzustellen sei. Durch den Abschluss von Vereinbarungen sei es auch gelungen, die Kosten für den Kreis Unna zu reduzieren. Für den Bereich demenzkranker Menschen gebe es derzeit in Unna eine Wohngemeinschaft, die zur Zeit noch von „Selbstzahlern“ bewohnt werde. Sobald verlässliche Konzepte und Kalkulationen vorliegen, sei man optimistisch, auch hier entsprechende Vereinbarungen abschließen zu können, um dann kreisweit die erste Einrichtung dieser Art aufzustellen.

3. Weitergabe der Landesersparnisse bei der Wohngeldausgaben

Frau Warminski-Leitheusser weist darauf hin, dass derzeit im Landtag das Anhörungsverfahren über den Entwurf des Ausführungsgesetzes zum Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) laufe. Über die möglichen Auswirkungen für den Kreis Unna sei bereits in der vergangenen Woche im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen berichtet worden. Durch eine Veränderung des Verteilungsmaßstabes drohe dem Kreis Unna ein Einnahmeverlust von etwa 5 Mio. € pro Jahr. Der Landrat habe umgehend reagiert und in einem Schreiben an das zuständige Landesministerium die Bedenken des Kreises Unna dargelegt.

Maßstab der Berechnung, so Herr Sparbrod ergänzend, seien vom Land herangezogene Zahlen einer kommunalen Datenerhebung aus Februar 2005 gewesen. Da verlässliches Zahlenmaterial zu dem frühen Zeitpunkt nach Einführung des Gesetzes noch nicht vorgelegen habe, sei es oftmals zu Schätzungen gekommen. Anfang 2007 habe es durch Ministererlass eine Aufforderung zur Überprüfung dieser Daten gegeben. Diese Überprüfung habe man beim Kreis auch durchgeführt, mit dem Ergebnis, dass bereits eine Abweichung von etwa 4 Mio. € festgestellt werden konnte. Bei einer Sitzung im Ministerium habe er in Erfahrung gebracht, dass mit Ausnahme des Märkischen Kreises wohl so richtig keiner diesbezüglich tätig

geworden sei. Insofern bestehe ein erheblicher Zweifel daran, dass die aktuelle Datenbasis korrekt sei, weshalb der Landrat in seinem Schreiben auch eine kommunalscharfe Erhebung durch die unabhängige Gemeindeprüfungsanstalt vorgeschlagen habe. Hinsichtlich der weiteren Verfahrensweise bleibe nun zunächst abzuwarten, wie auf die Anmerkungen des Kreises reagiert werde. Notfalls bleibe dem Kreis Unna keine andere Möglichkeit, als den Klageweg zu bestreiten.

Ende der Sitzung: 18.15 Uhr

Anlage

1. Präsentation der Frühförderstelle im Kreis Unna
2. Informationen der ARGE zur Umsetzung des SGB II

Nadolski-Voigt
Vorsitzender

VertgeWall
Schriftführer